

**Protokoll
über die 136. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses
(Sondersitzung) am 12.11.2018**

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 16:50 Uhr

Ort: Rathaus, Alter Ratssaal, Am Markt 14, 19055 Schwerin

Anwesenheit

Vorsitzender

Badenschier, Rico, Dr. Oberbürgermeister

ordentliche Mitglieder

Böttger, Gerd	entsandt durch Fraktion DIE LINKE
Brauer, Hagen, Dr.	entsandt durch AfD-Fraktion
Ehlers, Sebastian	entsandt durch CDU-Fraktion
Foerster, Henning	entsandt durch Fraktion DIE LINKE
Horn, Silvio	entsandt durch Fraktion Unabhängige Bürger
Janew, Marleen	entsandt durch Fraktion DIE LINKE
Masch, Christian	entsandt durch SPD-Fraktion
Meslien, Daniel	entsandt durch SPD-Fraktion
Nolte, Stephan	entsandt durch CDU-Fraktion
Rudolf, Gert	entsandt durch CDU-Fraktion

stellvertretende Mitglieder

Müller, Arndt entsandt durch Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Verwaltung

Diessner, Barbara
Könn, Tony
Nemitz, Patrick
Peske, Marcus
Preßentin, Silke-Maria
Wollenteit, Hartmut

Gäste

Bremer, Michael

Fraktionsgeschäftsführer

Meinhardt, Cindy
Zischke, Thomas

Leitung: Dr. Rico Badenschier

Schriftführer: Simone Timper

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Stadt der guten Nachbarschaft – Soziale Wohnraumentwicklung verbessern
Antragstellerin: SPD-Fraktion
Vorlage: 01488/2018
3. Soziale Spaltung in Schwerin stoppen – Wohnverhältnisse in allen Stadtteilen gerecht gestalten
Antragsteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion Unabhängige Bürger
Vorlage: 01487/2018
4. Segregation in Schwerin – gegen Ghettoisierung aktiv werden
Antragsteller: Mitglied der Stadtvertretung Karsten Jagau (ASK)
Vorlage: 01479/2018
5. Richtlinie für die Kosten der Unterkunft überarbeiten
Antragstellerin: Fraktion DIE LINKE
Vorlage: 01486/2018
6. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Rico Badenschier eröffnet die 136. Sitzung des Hauptausschusses, begrüßt die anwesenden Mitglieder des Hauptausschusses, der Verwaltung und die Gäste. Er stellt die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung des Hauptausschusses sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wird bestätigt.

- zu 2 **Stadt der guten Nachbarschaft – Soziale Wohnraumentwicklung verbessern**
Antragstellerin: SPD-Fraktion
Vorlage: 01488/2018

Bemerkungen:

1.)

Es erfolgt eine gemeinsame Beratung zu den Tagesordnungspunkten 2, 3, 4 und 5.

2.)

Es liegt folgende Ersetzungsmitteilung der Fraktion DIE LINKE, der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.11.2018 zu den Anträgen DS: 01488/2018, DS: 01487/2018, DS: 01486/2018 vom 08.11.2018 vor:

Die Anträge werden durch eine mehrfraktionelle Vorlage der o.g. Fraktionen mit der nachstehenden Textfassung ersetzt:

1. Die Betreffzeile wird durch folgenden Text ersetzt:

„Segregation in Schwerin entgegenwirken“

2. Der Beschlusstext wird durch folgenden Text ersetzt:

„Die Stadtvertretung nimmt die Ergebnisse der Studie „Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte?“ zur Kenntnis und stellt fest, dass, über die weitere Abmilderung der Folgen von sozialer Segregation in Schwerin hinaus, die bisherige Stadtentwicklungsplanung sowie die kommunale Wohnraumpolitik in der Stadt grundlegend überarbeitet werden müssen.

Vor diesem Hintergrund wird der Oberbürgermeister beauftragt,

1. den Beschluss der Stadtvertretung zum Antrag „Wohnraum schaffen – Konzept

für Sozialen Wohnungsmarkt entwickeln (Vorlage 00934/2017)“ und den Beschluss der Stadtvertretung „Prüfauftrag – Bezahlbaren Wohnraum im gesamten Stadtgebiet ermöglichen“ (Drucksache 01323/2018) umgehend umzusetzen,

2. Leitlinien für die Stadtentwicklung (einschließlich der „Grundstückspolitischen Leitlinien der Landeshauptstadt Schwerin“) so zu überarbeiten bzw. neu zu definieren, dass Verteilung und Umfang des Angebots von Wohnraum für Einwohner mit geringem Einkommen verbessert und Schwerin damit eine Stadt mit einer ausgewogenen sozialen Mischung und hohem Wohnwert für jeden Einwohner wird,

3. Projekte zu benennen, die der Segregation entgegenwirken und die für eine kurzfristige Umsetzung geeignet sind,

4. den städtischen Wohnungsbestand nicht zu privatisieren, im Wesentlichen durch die WGS zu vermieten, dessen Sanierung zu prüfen und gegebenenfalls durch die WGS zu sanieren,

5. unter Zuhilfenahme von externer Begleitung und kleinräumiger Sozialdaten einen Entwurf der Richtlinie zu den Kosten der Unterkunft (KdU-Richtlinie) entsprechend § 22a (3) SGB II, mit dem Ziel der Schaffung sozial ausgeglichener Bewohnerstrukturen in allen Stadtteilen zu erarbeiten und der Stadtvertretung bis zum 31.12.2019 vorzulegen,

6. sich auf Landes- und Bundesebene für eine Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Schwerin einzusetzen,

7. ein Konzept für die Ausübung von Belegungsrechten vorzulegen,

8. ein Konzept mit Handlungsempfehlungen bis zum 28.02.2019 vorzulegen, das aufzeigt, wie im Rahmen des Aufstellungsverfahrens von B-Plänen, beim Verkauf von städtischem Eigentum zu Wohnzwecken und bei Erbpachtverträgen für Baugrundstücke 25% bis 40% (in Abhängigkeit der sozialen Ungleichverteilung des Stadtteils) des Wohnraumes an einkommensschwache Personen oder Personen mit besonderen Wohnbedarfen (z. B. barrierefreie Wohnungen) mit mindestens 25 Jahren Mietpreisbindung vermietet werden kann,

Zur Begleitung und Koordinierung der hier angeschobenen Prozesse wird der Oberbürgermeister ferner beauftragt, unter Einbeziehung von Akteuren der Wohnungswirtschaft, halbjährlich im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung der drei Fachausschüsse Bildung, Sport und Soziales; Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr; Wirtschaft, Tourismus und Liegenschaften zu berichten, und somit die ständige Einbeziehung der Kommunalpolitik sicherzustellen.“

3.)

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Liegenschaften hat der Ersetzungsmitteilung der Fraktion DIE LINKE, der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 08.11.2018 zu den Beschlusspunkten 1 bis 7) einstimmig bei einer Stimmenthaltung und dem Beschlusspunkt 8) mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung zugestimmt.

4.)

Der Oberbürgermeister beantwortet die Nachfragen von Herrn Horn und Herrn Foerster zum Thema KdU-Richtlinie. Nach eingehender Diskussion im Hauptausschuss stellt Herr Horn folgende Änderungsanträge:

- die Nummer 4 der Ersetzungsmitteilung wird wie folgt geändert:
„4. den städtischen Wohnungsbestand **grundsätzlich** nicht zu privatisieren, im Wesentlichen durch die WGS zu vermieten, dessen Sanierung zu prüfen und gegebenenfalls durch die WGS zu sanieren,“

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag zu Nr. 4):

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	6
Enthaltung:	2

Der Hauptausschuss lehnt den Änderungsantrag zu Nummer 4 der Ersetzungsmitteilung ab.

- Die Nummer 8 der Ersetzungsmitteilung wird wie folgt geändert:
„8. ein Konzept mit Handlungsempfehlungen bis zum 28.02.2019 vorzulegen, das aufzeigt, wie im Rahmen des Aufstellungsverfahrens von B-Plänen, beim Verkauf von städtischem Eigentum zu Wohnzwecken und bei Erbpachtverträgen für Baugrundstücke **ein angemessener Anteil** (in Abhängigkeit der sozialen Ungleichverteilung des Stadtteils) des Wohnraumes an einkommensschwache Personen oder Personen mit besonderen Wohnbedarfen (z. B. barrierefreie Wohnungen) mit mindestens 25 Jahren Mietpreisbindung vermietet werden kann,“

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag zu Nr. 8):

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	6
Enthaltung:	2

Der Hauptausschuss lehnt den Änderungsantrag zu Nummer 8 der Ersetzungsmitteilung ab.

5.)

Der Oberbürgermeister stellt die vorliegende Ersetzungsmitteilung der Fraktion DIE LINKE, der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende geänderte Beschlussfassung:

1. Die Betreffzeile wird durch folgenden Text ersetzt:

„Segregation in Schwerin entgegenwirken“

2. Der Beschlusstext wird durch folgenden Text ersetzt:

Die Stadtvertretung nimmt die Ergebnisse der Studie „Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte?“ zur Kenntnis und stellt fest, dass, über die weitere Abmilderung der Folgen von sozialer Segregation in Schwerin hinaus, die bisherige Stadtentwicklungsplanung sowie die kommunale Wohnraumpolitik in der Stadt grundlegend überarbeitet werden müssen.

Vor diesem Hintergrund wird der Oberbürgermeister beauftragt,

1. den Beschluss der Stadtvertretung zum Antrag „Wohnraum schaffen – Konzept für Sozialen Wohnungsmarkt entwickeln (Vorlage 00934/2017)“ und den Beschluss der Stadtvertretung „Prüfauftrag – Bezahlbaren Wohnraum im gesamten Stadtgebiet ermöglichen“ (Drucksache 01323/2018) umgehend umzusetzen,
2. Leitlinien für die Stadtentwicklung (einschließlich der „Grundstückspolitischen Leitlinien der Landeshauptstadt Schwerin“) so zu überarbeiten bzw. neu zu definieren, dass Verteilung und Umfang des Angebots von Wohnraum für Einwohner mit geringem Einkommen verbessert und Schwerin damit eine Stadt mit einer ausgewogenen sozialen Mischung und hohem Wohnwert für jeden Einwohner wird,
3. Projekte zu benennen, die der Segregation entgegenwirken und die für eine kurzfristige Umsetzung geeignet sind,
4. den städtischen Wohnungsbestand nicht zu privatisieren, im Wesentlichen durch die WGS zu vermieten, dessen Sanierung zu prüfen und gegebenenfalls durch die WGS zu sanieren,
5. unter Zuhilfenahme von externer Begleitung und kleinräumiger Sozialdaten einen Entwurf der Richtlinie zu den Kosten der Unterkunft (KdU-Richtlinie) entsprechend § 22a (3) SGB II, mit dem Ziel der Schaffung sozial ausgeglichener Bewohnerstrukturen in allen Stadtteilen zu erarbeiten und der Stadtvertretung bis zum 31.12.2019 vorzulegen,
6. sich auf Landes- und Bundesebene für eine Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Schwerin einzusetzen,
7. ein Konzept für die Ausübung von Belegungsrechten vorzulegen,
8. ein Konzept mit Handlungsempfehlungen bis zum 28.02.2019 vorzulegen, das aufzeigt, wie im Rahmen des Aufstellungsverfahrens von B-Plänen, beim Verkauf von städtischem Eigentum zu Wohnzwecken und bei Erbpachtverträgen für Baugrundstücke 25% bis 40% (in Abhängigkeit der sozialen Ungleichverteilung des Stadtteils) des Wohnraumes an einkommensschwache Personen oder Personen mit besonderen Wohnbedarfen (z. B. barrierefreie Wohnungen) mit mindestens 25 Jahren Mietpreisbindung vermietet werden kann,

Zur Begleitung und Koordinierung der hier angeschobenen Prozesse wird der Oberbürgermeister ferner beauftragt, unter Einbeziehung von Akteuren der Wohnungswirtschaft, halbjährlich im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung der drei Fachausschüsse Bildung, Sport und Soziales; Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr; Wirtschaft, Tourismus und Liegenschaften zu berichten, und somit die ständige Einbeziehung der Kommunalpolitik sicherzustellen.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 12.11.2018 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis

zu den Punkten 1 bis 3 und 5 bis 7:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

Abstimmungsergebnis

zum Punkt 4:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	2

Abstimmungsergebnis

zum Punkt 8:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	4
Enthaltung:	1

Beschlusnummer:

0136/HA/0941/2018

**zu 3 Soziale Spaltung in Schwerin stoppen – Wohnverhältnisse in allen
Stadtteilen gerecht gestalten
Antragsteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion Unabhängige
Bürger
Vorlage: 01487/2018**

Bemerkungen:

1.)

Es erfolgt eine gemeinsame Beratung zu den Tagesordnungspunkten 2, 3, 4 und 5.

2.)

Es liegt eine Ersetzungsmitteilung der Fraktion DIE LINKE, der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.11.2018 zu den Anträgen DS: 01488/2018, DS: 01487/2018, DS: 01486/2018 vom 08.11.2018 vor.

Die Anträge werden durch diese mehrfraktionelle Vorlage der o.g. Fraktionen ersetzt.

zu 4 Segregation in Schwerin – gegen Ghettoisierung aktiv werden
Antragsteller: Mitglied der Stadtvertretung Karsten Jagau (ASK)
Vorlage: 01479/2018

Bemerkungen:

Es erfolgt eine gemeinsame Beratung zu den Tagesordnungspunkten 2, 3, 4 und 5.

Beschluss:

Der Hauptausschuss lehnt den Antrag ab und empfiehlt der Stadtvertretung ebenfalls die Ablehnung des Antrages.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 12.11.2018 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	0
Nein-Stimmen:	12
Enthaltung:	0

Beschlusnummer:

0136/HA/0942/2018

zu 5 Richtlinie für die Kosten der Unterkunft überarbeiten
Antragstellerin: Fraktion DIE LINKE
Vorlage: 01486/2018

Bemerkungen:

1.)

Es erfolgt eine gemeinsame Beratung zu den Tagesordnungspunkten 2, 3, 4 und 5.

2.)

Es liegt eine Ersetzungsmitteilung der Fraktion DIE LINKE, der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.11.2018 zu den Anträgen DS: 01488/2018, DS: 01487/2018, DS: 01486/2018 vom 08.11.2018 vor.

Die Anträge werden durch diese mehrfraktionelle Vorlage der o.g. Fraktionen ersetzt.

zu 6 Sonstiges

Bemerkungen:

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

gez. Dr. Rico Badenschier

Vorsitzender

gez. Simone Timper

Protokollführerin